Agentur für Qualitätssicherung und Akkreditierung Austria

Per E-Mail: stellungnahmen@aq.ac.at

Wien, 10.8.2022

Verordnung des Boards der AQ Austria über Überprüfungsverfahren von Lehrgängen zur Weiterbildung gemäß § 26a HS-QSG

Die FH Technikum Wien (FHTW) bedankt sich für die Übermittlung der Verordnung über Überprüfungsverfahren von Lehrgängen zur Weiterbildung und nimmt dazu gerne Stellung:

Ad. Titel der Verordnung

Mit der Formulierung „Lehrgänge zur Weiterbildung“ wurden in der Vergangenheit im FHG die Weiterbildungsangebote im FH-Sektor bezeichnet. Da das Überprüfungsverfahren nur für die neuen Weiterbildungsformate gilt, wird der folgende Titel für die Verordnung vorgeschlagen:

„Verordnung des Boards der AQ Austria über Überprüfungsverfahren von Universitäts- und Hochschullehrgängen gemäß § 26a HS-QSG“

Ad. § 1 Abs. 3

Die Inhalte des Abs. 3 sind bereits in Abs. 1 erfasst; der Abs. 3 kann somit gestrichen werden.

Ad. § 2 Abs. 1

Es wird empfohlen, „außerordentlichen Studienangebote“ durch „außerordentliche Bachelor- oder Masterstudien“ zu ersetzen.

Ad. § 3 Abs. 1

Wir regen an, auch die betroffene Hochschule von der Veranlassung des Überprüfungsverfahrens in Kenntnis zu setzen. Daher schlagen wir vor, den 2. Satz zu ergänzen: „Die Veranlassung ist an die AQ Austria zu richten und die betroffene Hochschule ist davon in Kenntnis zu setzen.“

Ad. § 3 Abs. 2

Um zu verdeutlichen, dass der Veranlassung bereits eine Prüfung durch das Ministerium vorangegangen ist sowie um die „eingeholten Unterlagen und schriftlichen Informationen“ näher zu spezifizieren, wird folgende Formulierung vorgeschlagen:

„In der schriftlichen Veranlassung teilt der*die Bundesminister*in die begründeten Zweifel mit und übermittelt die im Rahmen von § 26a Abs. 2 HS-QSG eingeholten Unterlagen und schriftlichen Informationen der betroffenen Hochschule.“

Ad. § 4 Abs. 1 Z 1 und Abs. 2

Die hier genannten Fristen sind mit vier bzw. zwei Wochen knapp bemessen und sollten auf sechs bzw. drei Wochen erstreckt werden.

Ad. § 4 Abs. 5 Z 1

Um klarzustellen, dass das Board auch ohne Begutachtung durch Gutachter*innen Entscheidungen treffen kann, wird eine geringfügige Änderung empfohlen:

„Das Board der AQ Austria kann über das Vorliegen von Mängeln gemäß § 13 Abs. 1 bis 6 selbst entscheiden.“

Ad. § 4 Abs. 6

Auf Grundlage der Begriffsbestimmung (vgl. § 2 Abs. 2) sollte anstelle des Begriffs „Bildungseinrichtung“ der Begriff „Hochschule“ verwendet werden.

Um einem Missbrauch von Überprüfungsverfahren durch deren ungerechtfertigte und überbordende Einleitung zu entgegen, sollte die Hochschule die Kosten des Überprüfungsverfahrens nur in jenen Fällen tragen, in denen eine Entscheidung des Board der AQ Austria im Sinne von § 9 Abs. 3 Z 2 oder Z 3 gefällt wird. § 26a Abs. 6 HS-QSG regelt, dass auf das Verfahren das AVG anzuwenden ist. Gemäß dieser Regelung kommt auch die im AVG vorgesehene Kostentragung zur Anwendung.

Ad. § 5 Abs. 3

Im Sinne der Verfahrenssicherheit wird die folgende Formulierung vorgeschlagen:

„Die Hochschule hat rechtzeitig vor der Durchführung des Überprüfungsverfahrens das Recht, bei Befangenheit Einspruch gegen Gutachter*innen zu erheben.“

Ad. § 7 Abs. 1

Warum die Gutachter*innen auch „mehrere Gutachten“ erstellen können, ist nicht nachvollziehbar und sollte gestrichen werden. Außerdem steht das in Widerspruch zu Abs. 2 („Die Erstellung eines gemeinsamen Gutachtens...“).

Zu § 9 Abs. 1

Auch hier sollte nur ein Gutachten vorgesehen werden.

§ 9 Abs. 2 (vgl. auch § 12 Abs. 3)

Für die Board-Entscheidungen sollten Fristen festgelegt werden. Der Verweis ist im zweiten Satz sollte sich wohl eher auf § 4 Abs. 1 und Abs. 2 beziehen.

§ 9 Abs. 3 Z 1-3

Bei der Feststellung der Ergebnisse mit Bescheid sollte auf die Prüfbereiche gem. § 26a Abs. 3 Z 1-6 referenziert werden.

§ 10

Die Veröffentlichung von Bescheiden sollte so lange ausgesetzt werden, wie noch allfällige Beschwerde- oder Rechtsmittelverfahren anhängig sind.

§ 11

Es wird vorgeschlagen, dass sich die Beschwerde auch auf Ergebnisse des Verfahrens beziehen kann:

„Die Hochschule kann bei der Beschwerdekommision der AQ Austria Einsprüche gegen den Verfahrensablauf und Verfahrensergebnisse einlegen.“

§ 13 Abs. 1

Die Prüfkriterien sind redundant (vgl. Abs. 1, 2 und 4). Der Berufspraxisbezug fehlt komplett (vgl. Abs. 1 und 2). Der Verweis auf NQR-Niveaus sollte gestrichen werden, da derzeit noch unklar ist, ob Hochschullehrgänge gem. NQR-Gesetz automatisch zugeordnet sind oder nicht und einem Zuordnungsverfahren nicht vorgegriffen werden sollte. Die AQ Austria wäre nicht befugt mit Bescheid festzustellen, dass Lernergebnisse von nicht zugeordneten Qualifikationen einem NQR-Niveau entsprechen.

§ 13 Abs. 2

Die Prüfkriterien sind redundant (vgl. Abs. 1 und 2).

§ 13 Abs. 4 und 6

Hier fehlt die Nummerierung.

§ 13 Abs. 3

Die Prüfkriterien sind redundant (vgl. Abs. 2 und 3).

§ 13 Abs. 6

Es sollte klargestellt werden, dass dieser Prüfbereich nur für den Bachelor oder Master Professional gilt.